

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 16. Dezember 1925

Grosser Andrang zur Schneesäuberung Der gestern abends erfolgte Schneefall brachte den städtischen Aufnahmestellen für Schneearbeiter einen besonders starken Andrang von Arbeitssuchenden. Vor den Aufnahmestellen in Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim, Hietzing und Ottakring war der Zustrom von Schneearbeitern derart gross, dass die Fenster der Aufnahmehütten eingedrückt wurden. Es musste, um die Aufnahme von Schneearbeitern reibungslos durchführen zu können, Sicherheitswache einschreiten. Insgesamt hat die Gemeinde 3700 fremde Schneearbeiter aufgenommen; davon entfallen 2200 auf die städtischen Strassenbahnen. Da der Schneefall nicht sehr stark war, genügte die einmalige Ausfahrt der Reinigungsmittel im Strassenbahnnetz. Es wurden 89 Motorpflüge mit 132 Anhängerpflügen verwendet. Die Strassenbahnen konnten noch vor Betriebsbeginn am Mittwoch früh die Reinigung der Geleise durchführen.

Sammeltag für die Armen Wiens. Die Gemeinde Wien veranstaltet am Goldenen Sonntag (20. Dezember) wieder einen offiziellen Sammeltag zugunsten der Armen Wiens. Die Sammelstätigkeit ist wie im Vorjahr derart organisiert, dass die Bezirksvorsteher und die Vorstände der Fürsorgeinstitute ein Komitee bilden, dem die Durchführung der Sammlung im Bezirk anvertraut ist. In den Häusern wird die Sammlung mittels amtlicher Sammelbogen vorgenommen werden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Dezember 1925

Die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1926

Der Wiener Gemeinderat begann heute mit der Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1926. Stadtrat Breitner leitete die Verhandlung mit einer ausführlichen Darlegung der wirtschaftlichen Situation ein, wobei die Frage des Mieterschutzes einen breiten Raum einnahm.

Die Sitzung wurde um vier Uhr nachmittags vom Bürgermeister Seitz eröffnet.

Stadtrat Breitner leitete die Debatte über den Voranschlag der Gemeinde für 1926 mit folgender Rede ein:

Der Voranschlag der Gemeinde Wien bietet die seltene Gelegenheit, über die Tages^{sorgen} hinaus ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben, die das ganze Leben in dieser Stadt bestimmen, sich mit jenen Problemen zu beschäftigen, die geeignet sind, die Wirtschaftsführung der Gemeinde selbst im kommenden Jahr entscheidend zu beeinflussen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug in der Woche vom 7. zum 12. Dezember vorigen Jahres 46.811. Heuer beziehen um die gleiche Zeit 78.074 Arbeitslose Unterstützung oder Beihilfe. Das ist eine Steigerung um siebenzig Prozent! Darin verkörpert sich ein ungeheures, in Worte nicht zu fassendes Elend. Schon das Gleichbleiben bedeutet eine furchtbare Verschlechterung. Hat der Arbeitslose in den ersten Wochen oder sogar Monaten noch einige materielle Reserve, so ist sie bei so lange andauernder Arbeitslosigkeit längst aufgezehrt. Die ganze Unzulänglichkeit der Arbeitslosenunterstützung tritt dann in der Form schrecklicher Verelendung und namenloser Verzweiflung in Erscheinung. Es fehlen aber in diesen Zahlen noch alle jene, nach Been-

digung ihrer Studien, nach Fertigwerden mit ihrer Lehre keinen Arbeitsposten finden. Sie haben auf Unterstützung keinen Anspruch. Vor allen anderen aber steht diese Jugend- und das ist noch weit verhängnisvoller als die materielle Entbehrung- gerade wenn sie nach der Zeit des Lernens mit heisser Freude an die praktische Arbeit gehen will, der so verderblichen Beschäftigungslosigkeit gegenüber. Dieses sprunghafte Anwachsen der Arbeitslosigkeit beweist, dass die vielgerühmte Sanierung vollkommen versagt hat. Tatsächlich wird dieses Wort schon ganz allgemein nur mehr im ironischen Sinne angewendet. Der Schutz des Völkerbundes hat nicht hingereicht, um auch nur an einer einzigen Stelle die Mauer der Absperrung gegen die österreichischen Waren zu durchbrechen. Es ist nicht einmal eine Lockerung der Beschränkung der Abwanderung erfolgt. Selbst dieses letzte traurige Auskunftsmittel bleibt den Oesterreichern versagt. Unter diesen Verhältnissen wäre es am dringendsten notwendig, dass durch eine umfassende Investitionstätigkeit des Bundes der notleidenden Industrie Hilfe gebracht wird, wie es durch Wien im reichsten Masse geschieht. Die Bundesregierung steht aber nach wie vor unter beengender Kontrolle. Oesterreich darf nicht über den Rest jener Anleihe frei verfügen, für die weit über das notwendige Mass hinaus die wertvollsten Einnahmen des Staates verpfändet worden sind. Nicht einmal die Veranlagung in Oesterreich wird gestattet. Das Geld musste im Ausland bleiben und wird dort zu lächerlich geringfügigen Sätzen verzinst. Dadurch erfährt der Tribut der österreichischen Volkswirtschaft an das ausländische Kapital eine ganz ausserordentliche Steigerung.

Das sind Gründe genug, für eine trübe, gedrückte Stimmung. Es muss aber leider festgestellt werden, dass die jetzt herrschende Mutlosigkeit noch über das Mass hinausgeht, dass durch die Tatsachen an sich gerechtfertigt ist. Selbst in viel schwereren Tagen, die wir seit Kriegsausbruch mitzumachen hatten, war kaum je ein derartiges Gefühl trostloser Resignation zu verzeichnen. Das ganze Geschäftsleben liegt förmlich in einem lähmenden Band. Es war schon seit Monaten so wie in der Vorahnung irgend eines schweren Unheils. Mit der Veröffentlichung der Regierungsvorlage über die Abänderung des Mieterschutzes ist diese tödliche Hemmung offenkundig geworden. Allen Denkenden ist es klar, dass die Verwirklichung dieser Pläne eine Wirtschaftskatastrophe hervorrufen muss, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Die erregten, erbitterten Kundgebungen aus allen Kreisen der Bevölkerung bis tief hinein in die Schichten des Herberges bezeugen, dass die Aufrechterhaltung oder Zertrümmerung des Mieterschutzes nicht eine Frage des politischen Glaubensbekenntnisses ist. Hier handelt es sich um unser wichtigstes ökonomisches Problem. Die Christlichsozialen versuchen es, sich über diesen Sturm dadurch zu trösten, dass sie den Fassungsraum der 510 Versammlungslokale nachrechnen und erklären, dass 400.000 Personen dort gar keinen Platz gehabt hätten. Sie spotten darüber, dass auch Extrazimmer von Vorstadtwirtshäusern herangezogen worden sind. Wenn diese Partei sich ihres Aufstieges erinnerte, der von diesen Extrazimmern seinen Ausgang genommen hat, müsste gerade sie diese Zeiten verstehen. Dieselben Schichten, die vor einem Menschenalter in die von Lueger und seinen Freunden in solchen Extrazimmern veranstalteten Versammlungen strömten, haben jetzt die Mehrheit in den von den Sozialdemokraten einberufenen

Mieterschutzversammlungen gebildet. Überall wird man sich eben dessen bewusst, dass hier über Leben oder Tod der städtischen Bevölkerung entschieden werden soll. Letzten Endes geht es darum, ob Oesterreich künftighin überhaupt noch in der Lage sein wird, seine Industrieartikel auszuführen. Nur diese Ausfuhr aber macht es möglich, die für uns unerlässlichen Nahrungsmittel, die Kohle, Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen und zu bezahlen. Die Ausfuhr der Industrieartikel ist also die Grundlage unseres Daseins. Versagt der Export, dann wächst in gigantischen Ausmasse die jetzt schon so furchtbare Arbeitslosigkeit. Dann ist es natürlich auch mit der Wertbeständigkeit unseres Geldes vorbei. Dann kommen die Zeiten der Lebensmittel- und Kohlennot, wie in den Ersten Tagen des Krieges und der Nachkriegszeit. Dann wiederholen sich in gesteigertem Masse die Schreckensszenen jenes 1. Dezembers, dann geht das Gefüge der sozialen Ordnung, die auch die Sozialdemokraten dieses Landes unter den heutigen Verhältnissen nur in ruhiger Entwicklung umgestalten wollen, in Trümmer. Schon jetzt ist es für Oesterreich eine harte Aufgabe, mit seinen Industrieartikeln den Wettbewerb zu bestehen. Unsere Landwirtschaft deckt bloss etwa die Hälfte unseres Getreidebedarfes. Fleisch, Fett, Milch, Eier, Hülsenfrüchte, Kartoffel müssen in Riesensummen eingeführt werden. Selbstverständlich alle Kolonialwaren und tausend andere Artikel. Steinkohle findet sich bei uns nur ganz unzureichend. Bis auf Eisen und Holz fehlen die meisten Rohrprodukte. Alles muss zu Weltmarktpreisen eingekauft werden. Oesterreich hat keinen Zugang zum Meere. Unsere Flussläufe sind nicht so günstig gestaltet wie etwa die Deutschlands, die tief in das Innere des Landes führen. Einfuhr und Ausfuhr vollziehen sich fast ausschliesslich auf dem teuren Bahnweg. In Oesterreich können aber auch als unvermeidliche Kriegsfolge, als die Nachwirkung der sinnlosen Zerstörung von Menschenkraft und Sachgut die Steuern und Abgaben nicht niedrig sein. Die im Krieg und der Inflation erfolgten Kapitalverluste haben teures Leihgeld zur Folge. Doppelt so hoch fast als in den anderen Industriestaaten der Welt. Die österreichischen Fabrikanlagen sind überdies auch in der Vorkriegszeit nur selten auf der höchsten Stufe technischer Vollendung gestanden. Seither haben sie durch den Krieg sehr gelitten und können jene starken Entwicklungen, die sich beispielsweise auf dem Gebiete der Heiztechnik vollzogen, schwer mitmachen. Das sind also die teils durch die Natur, teils durch die Ergebnisse des Krieges geschaffenen Verhältnisse, unter denen wir mit dem Auslande konkurrieren müssen. Die meisten Teile aus denen sich der Endpreis unserer Exportwaren zusammensetzt, wird durch den Weltmarkt bestimmt und liegt ausserhalb unserer Gewalt. Nur beim Arbeitslohn können wir bis zu einer gewissen Grenze billiger sein. Die österreichischen Löhne sind auch tatsächlich niedriger als in den anderen Ländern Europas. Nicht im entferntesten zu vergleichen mit denen Amerikas. Aber auch die hiesigen Arbeiter müssen sich selbstverständlich nähren und kleiden. Eine Herabdrückung der gegenwärtig schon so tiefen Lebenshaltung ist unmöglich. Die niedrigeren Löhne finden ihre Begründung darin, dass die Miete, die früher eine Viertel des Monatslohnes eines Arbeiters verschlungen hat, heute eine bescheidene Rolle spielt. Ändert sich dies, dann müssen die Löhne steigen. Mit ebensolcher unbedingter Automatik geht aber dann jener Teil der Ausfuhr, den wir noch trotz aller Zellschwierigkeiten und sonstiger reichlicher Schikanen behaupten konnten, verloren. Über die vierprozentige

Frühsorgeabgabe wird geschimpft und gewettert. Mit einer fünf und zwanzigprozentigen Lohnerhöhung zugunsten der Hausherren treiben aber dieselben Leute ein frevles Spiel, als ob es sich um eine belanglose Kleinigkeit handelte. Mit jener unmittelbaren Last, die der erhöhte Zins für jeden einzelnen bedeutet, ist es selbstverständlich nicht abgetan. Jeder Mieter, ob er nun selbstständiger Geschäftsmann, Arzt, Rechtsanwalt, Angestellter ist, wird natürlich trachten, diese grosse Ausgabe wieder irgend wie hereinzubringen. Genau in der gleichen Lage werden sich aber alle öffentlichen Verwaltungen befinden. Welch törichter Gedanke, die Steigerung der Mietsinse mit einem Abbau der Wohnbausteuer in einem Atem zu nennen. Diese und alle anderen Abgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden werden vielmehr eine gewältige Hinaufsetzung erfahren! Anders können ja gar nicht die Mittel für die erhöhten Zahlungen an Beamte, Lehrer und Angestellte aufgebracht werden. Zu gleicher Zeit aber werden und müssen die Tarife der Eisenbahnen, der Post, die Preise für Salz und Tabak, die Kosten der Strassenbahnfahrt, von Gas, elektrischem Strom und Wasser erhöht werden. Also nicht nur eine einzige Teuerungswelle, sondern eine ganze Reihe von solchen wird über diese Bevölkerung hereinbrechen. Preissteigerungen und Lohnbewegungen werden wie in der Inflationszeit einander jagen und niemanden dauernden Vorteil zu bringen vermögen. Die letzten Reste von Volkswohlstand, die der Krieg noch übrig gelassen hat, werden vernichtet werden. Ganz grauenvoll wird sich die Lage jener zehntausende gestalten, denen jede Ueberwälzungsmöglichkeit fehlt, die heute in kärglichster Weise vom Verkaufe der Reste ihrer Habe, vielfach sogar nur von Unterstützungen leben. Sie werden noch das letzte verlieren, was ihnen geblieben ist, das schützende Obdach und in Not und Verzweiflung versinken. All das soll zugunsten von wenigen zehntausend Hausbesitzern geschehen. Ein grosser Teil der Häuser gehört Aktiengesellschaften, Klöstern und Stiftungen, Ein noch grösserer Ausländern. Ganze Häuserreihen haben in den Zeiten der Inflation die Ausländer um einen Pappenstiel zusammengekauft. In der Hausbesitzerzeitung vom 1. November 1923 wird festgestellt, dass von den 43.541 Wiener Häusern sich 12.170 im Besitze von Ausländern befinden. Diese Zahl, so schrecklich hoch sie ist, besagt noch nicht alles. Selbstverständlich haben die Ausländer nicht die kleinen, unscheinbaren Objekte in der Vorstadt erworben. Sie haben sich natürlich die grössten und schönsten Gebäude Wiens ausgesucht. Seit dem Einbringen der Regierungsvorlage sind wieder ausländische Aufkäufer hieraufgetaucht. Das Ausland interessiert sich neuerlich für unsere Häuser, zumal die inländische Bevölkerung keine Kaufkraft besitzt. Es ist ganz unwahr, dass bei Aufrechterhaltung des Mieterschutzes in der heutigen Form die Ueberfremdung des Hausbesitzes weiter wachsen würde. Genau das Gegenteil ist zutreffend. Es hat sich ja um Spekulationskäufe gehandelt, wie sich eben jetzt wieder welche vollziehen. Jede Lockerung des Mieterschutzes regt die Ausländer zu neuen Spekulationskäufen an. Das bedutet also eine Steigerung unseres Tributes an das Ausland, eine weitere Schwächung der heimischen Wirtschaft.

Geradezu grotesk ist es, wenn im Zusammenhang mit den sechstausendfachen Zins von einer Belebung der privaten Bautätigkeit gesprochen wird. Geschichte es von verantwortlicher Stelle, so kann man solchen Personen den guten Glauben nicht zubilligen oder man muss bei ihnen einen Grad von Unkenntnis annehmen, wie man sich ihn beleidigender gar nicht vorstellen kann. Die Rechnung ist in dieser Beziehung sehr einfach.

Kaufmännisch ganz ungeschulte Männer und Frauen können sie verstehen. Im Frieden hat die Herstellung einer Kleinwohnung rund sechstausend Goldkronen gekostet. Dieses Baukapital musste sich mit höchstens sechs Prozent verzinsen. Vielfach ist der Satz noch darunter geblieben. Das ergab also 360 Kronen. So viel wurde auch ungefähr für eine Wiener Kleinwohnung von Zimmer und Küche gezahlt. Gegenwärtig sind die Baukosten unbestreitbar um die Hälfte gestiegen. Eine Kleinwohnung derselben Ausstattung, wie sie vor dem Kriege hergestellt wurde, erfordert also 9000 Goldkronen an Baukosten. Selbst wenn das Kapital sich nur mit einer achtprozentigen Verzinsung begnügen würde, was gewiss nicht der Fall ist, macht das schon 720 Goldkronen. Es würde also die gleiche Wohnung, für die in der Vorkriegszeit nur 360 Kronen gezahlt werden mussten, mindestens 720 Goldkronen kosten. Erst die doppelte Valorisierung des Goldzinses, die Steigerung der Mieten auf das Neunundzwanzigtausendfache, könnte also dem Privatkapital Anreiz zum Bauen bieten. Aber auch diese Rechnung stimmt nicht. Wenn nämlich einmal die Zinsbildung wieder völlig frei ist und die Mieten in Wien auf das Neunundzwanzigtausendfache gestiegen sind, dann haben natürlich auch die Baukosten inzwischen eine starke Steigerung erfahren. Die Löhne, die Preise der Ziegel, von Holz, Zement, Glas u. s. w. sind ja dann nicht auf dem heutigen Niveau stehen geblieben. Dann wird also nicht einmal der Neunundzwanzigtausendfache Mietzins genügen. Das 35.000fache Miete wird erst eine achtprozentige Verzinsung des aufgewendeten Kapitals gewährleisten. Das also ist der Zeitpunkt, in dem das Privatkapital zu Bauen beginnen würde. Aber auch da gibt die Zeitschrift für den Wiener Hausbesitz klare Auskunft, wie die Dinge sich wirklich gestalten werden. In der Nummer vom 5. August 1925 wird die Zahl jener Wohnungen berechnet, die bei Aufhebung des Mieterschutzes leer stehen würden. Im Hinblick auf die verminderte Bevölkerungszahl und die Wohnbautätigkeit der Gemeinde kommt das Organ des Wiener Hausbesitzers selbst zu dem Schlusse, dass mehr als 78.000 Wohnungen in Wien leer stehen werden. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, dass jetzt in Wien 78.000 Wohnungen leer stehen. Würde sich da nur ein einziger Privatkapitalist finden, der einen Neubau aufführt? Das ist vollkommen ausgeschlossen. Dabei ist diese Schätzung der Hausbesitzerzeitung noch viel zu niedrig gegriffen. Die Leerstellungen wären noch ^{weit} gewaltiger. Das Zusammenträngen der Menschen, die nackte Obdachlosigkeit würden angesichts der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung jede Vorstellungsmöglichkeit überschreiten. Wir brauchen nur einen Blick in das viel reichere Deutschland zu tun um zu wissen, was unser harret. In Berlin haben dreissig Prozent der Mieter den Zins nicht bezahlen können. Zehntausende von Delogierungen sollen erfolgen.

Es ist also ein zwingender Anlass, sich anlässlich der Beratung des nächstjährigen Voranschlags mit der Frage des Mieterschutzes, die das ganze Leben berührt, eingehend zu beschäftigen. Die Wiener Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, dass der Gemeinderat sich zu dieser wichtigsten Angelegenheit klar und unzweideutig äussert. Es ist dies um so dringender geboten, als wir ein höchst seltsames Schauspiel sehen. Im Nationalrat soll von einer bäuerlichen Mehrheit über die Daseinsfrage der städtischen der industriellen Bevölkerung Oesterreichs entschädigt werden. Die Bauern sind keine Hausbesitzer im Sinne eines städtischen Hausherrn. Sie sind laute Eigenbenützer, für die es also ganz gleichgültig ist, ob der Mieterschutz besteht oder nicht. Auch das Vermieten kommt für die sehr selten in Betracht. Die Bauern haben daher keine Ahnung, von den Wirkungen

einer Lockerung oder Aufhebung des Mieterschutzes. Gewiss würde auch die Bauernschaft die Folgen der damit verbundenen Wirtschaftskatastrophe zu spüren bekommen. Verhängnisvoll und entscheidend getroffen werden jedoch nur die Stadt, Industrie, Gewerbe und Handel. Die Bauernschaft hat nicht einmal erlaubt, dass die "Sommerzeit" in Oesterreich eingeführt werde, wie können sie es unternehmen, über das Schicksal der industriellen Bevölkerung dieses Landes zu entscheiden. Das ist vollkommen unzulässig. Gerade deshalb müssen Wien und die anderen Städte ihre Stimme erheben.

Niemand hat jetzt den Mut, sein Geschäft auch nur in der bescheidensten Weise zu vergrössern. Jede Investition wird zurückgehalten, nur die zwingendsten Käufe erfolgen. Alle fürchten, dass nach dem Willen der Regierung und ihrer Mehrheit schon in den nächsten Monaten eine verheerende Teuerung alle Geschäftsaussichten vernichtet. Es ist dringend notwendig, der gegenwärtigen, jedem Absatz lähmenden Stimmung ein Ende zu machen. Mit aller Schärfe und Unzweideutigkeit muss ausgesprochen werden, dass nach der Willensmeinung des Wiener Gemeinderates, über die achtlos hinwegzugeben niemandem möglich sein wird, die Regierungsvorlage niemals Gesetz werden darf.

Die Wiener Gemeindeverwaltung ist zu einer solchen Kundgebung aber auch aus einem anderen Grunde berufen und berechtigt. Wir haben uns nicht damit begnügt, den Mieterschutz bloss durch Worte, nur durch Proteste zu verteidigen. Es ist ^{dies} vielmehr in der wirksamsten Form der Aufstellung und Ausführung eines grossen Wohnbauprogrammes geschehen. Als im vorjährigen Dezember sich der Gemeinderat mit dem Budget beschäftigt hat, hat die Minderheit die Post von 911 Milliarden Kronen für Wohnbauten als übertrieben bezeichnet. Die härtesten Worte der Kritik sind gebraucht worden. Es ist behauptet worden, dass wir eine so hohe Summe weder finanziell aufzubringen noch technisch aufzubreuchen in der Lage sein werden. Ich teile dem Gemeinderat mit, dass im Jahre 1925 bisher nicht 911, sondern bereits 958 Milliarden für Wohnhausbauten ausgegeben worden sind. Für 1926 haben wir deshalb 96 Millionen Schilling - 960 Milliarden Kronen - vorgesehen. Damit ist die Bewältigung des Wohnbauprogrammes in jeder Beziehung vollkommen gesichert. Wenn darauf verwiesen wird, dass noch immer der Ansturm der Wohnungslosen keine Anschwärmung erlangen habe, so liegt der Grund darin, dass von 1914 bis 1922 die Bautätigkeit nahezu gänzlich geruht hat. Diese achtjährige Pause, in der nur Objekte zugrunde gegangen sind, aber keine neuen errichtet werden konnten, muss eben erst überwunden werden. Mit der Fertigstellung der 25.000 Wohnungen wird dies der Fall sein. Selbstverständlich wird dann die Gemeinde angesichts des völligen Versagens der privaten Bautätigkeit weiter bauen. Wir werden auch durchaus allen notwendigen Bedürfnissen Rechnung tragen können. Allerdings unter der Bedingung, dass ein vernünftiges Anforderungsgesetz die ergänzenden Möglichkeiten schafft. Selbst am heutigen Tage waren noch trotz der Ungunst der Witterung unmittelbar auf den Bauten der Gemeinde 4073 Arbeiter beschäftigt. Wo die Bauten bis zur Eindeckung gediehen sind, wird unermüdlich ihre Fertigstellung betrieben. Der Magistrat hat eine Umfrage gehalten bei jenen inländischen Firmen, die hauptsächlich als Lieferanten für die Wohnhausbauten in Betracht kommen. Es ist festgestellt worden, dass gegenwärtig in Fabriken und Werkstätten aller Art ausschliesslich mit Gemeindelieferungen für Wohnbauten 9872 Arbeiter ^{ist} tätig sind. In der schönen Jahreszeit sind es natürlich weit, weit mehr. Das ^{ist} unser System der Bekämpfung der Wohnungsnot! Die Minderheit in dieser Saale und die Regierung wollen der Wohnungsnot dadurch ein Ende bereiten, dass

sie die Wohnungen unerschwinglich machen. Es ist sehr einfach, aber auch sehr grausam, auf solche Weise die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Neben dem Aufwand für den Wohnungsbau gibt das Fürsorgewesen dem Budget sein Gepräge. Auch das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der wachsenden Not und des Versagens der privaten Wohltätigkeit. Ohne Eingreifen der Gemeinde hätten drei Wiener Kinderospitäler längst zusperren müssen. Sie wurden kommunalisiert und ausgestaltet. Das in gleicher Notlage gewesene Brigittaspital ist im Umbau begriffen. Es wird im Jahr 1926 als erstes "Entbindungsheim der Stadt Wien" eröffnet werden. Mit dem Bau eines Kinderheimes am Tivoli für 360 Kinder wird begonnen werden. Ein neues Jugendamt, zwei Schulzahnkliniken, acht Mutterberatungsstellen, dreizehn Horte, siebenunddreissig neue Kindergärten, drei Kinderfreibäder, ein grosser Kinderspielplatz auf dem ehemaligen Hundstürmer Friedhof werden im kommenden Jahre hinzuwachsen. Die Zahl der Tuberkulosebetten wird um $\frac{1}{4}$ vermehrt. Wien hat dam^{als} 2308 zur Verfügung. ^{-Vier} jetzt ungenügend untergebrachte Tuberkuloseberatungsstellen übersiedeln in Neubauten. Alle Wiener Schulkinder werden auf Tuberkulose untersucht werden. Die Unterbringung gesunder, aber durch ihre tuberkulotische Umgebung gefährdeter Kinder in Familienpflege auf Kosten der Gemeinde soll als neues Vorbeugungsmittel erprobt werden. Zwei Lehrlingsheime werden errichtet. So erfährt das reichverzweigte Fürsorgewesen der Stadt Wien in einem eintigen Jahre eine Ausgestaltung, wie sie im Frieden einst nur im Verlaufe von Jahrzehnten erreicht worden ist.

Auch auf allen ^{anderen} Gebieten bringt der Voranschlag Leben und Arbeit. Das grosse Bad in Favoriten wird im kommenden Sommer der Benützung übergeben werden. Der Brückenbau in der Brigittenau soll fertig werden. Die Volksbäder werden vergrössert, neue Gartenanlagen sind geplant für die in den letzten Jahren rege betriebene Verbesserung der Strassendecke werden noch höhere Summen zur Verfügung gestellt, die Elektrifizierung der Strassenbeleuchtung nimmt ihren planmässigen Fortgang, weitere ^{120.000} Haushalte werden mit dem Coloniasystem ausgestattet.

Es ist also wieder ein Voranschlag kraftvollen Aufbaues. Zielbewusst tritt die Gemeinde überall dort ein, wo das Privatkapital, dessen Triebfeder einzig und allein die Höhe des erzielten Nutzens ist, den Dienst versagt. Ueberdies ist aber die Gemeindeverwaltung diesmal in der Lage, einzelnen Gruppen von Steuerträgern, der Hotelindustrie, den Pensionen und Sanatorien einschneidende Steuerermässigungen zu gewähren, die durchschnittlich die Hälfte der bisherigen Abgaben ausmachen. Auch den Theatern und Konzerten sollen Erleichterungen geboten werden. Auf die Automobilabgabe für Lastkraftwagen soll verzichtet werden. Es ist ein Entgang von rund $\frac{1}{4}$ Milliarden Kronen. Es kann dies allerdings nur unter dem Vorbehalt beantragt werden, dass nicht durch Bundesgesetz der Gemeinde neue Lasten auferlegt oder bestehende Einnahmen entzogen werden. Zur Hebung des Fremdenverkehrs werden sich die Länder Wien und Niederösterreich vereinigen. Die Wiener Messe wird die Propaganda, unterstützt von Beiräten, betreiben und erhebliche Mittel beigestellt erhalten.

Gerade in dieser Zeit der Stagnation und der Bedrücktheit wollen wir als Wiener Gemeindeverwaltung neue Antriebe geben, Arbeit schaffen, den Mut heben. Alle Bemühungen werden aber gänzlich nutzlos sein, wenn nicht den verhängnisvollen Plänen der Bundesregierung mit unbeugsamer Energie entgegengetreten wird und der Mieterschutz nach wie vor ungeschmälert aufrecht bleibt.

Es wird nun in die Generaldebatte eingegangen. Als erster Redner der Minderheit spricht Gemeinderat Zimmerl. Er führt aus:

Der Finanzreferent hat sich eigentlich wenig mit dem Voranschlag, sondern mit der Bundesregierung und einem Gesetzentwurf der Bundesregierung, beschäftigt. Er hat eine Rede gehalten, die wir in dieser Saal so oft gehört haben und jetzt täglich in der Arbeiterzeitung lesen können. Seine Ausführungen waren getragen von jenem Hass, der nur als Zeichen des Schuldigen gewertet werden kann. Ich möchte nicht wie der Referent von anderen Sachen sprechen, sondern mich ausschließlich mit dem Voranschlag beschäftigen.

Man könnte diese Finanzpolitik in folgende Abschnitte zusammenfassen. 1. Einführung und Entwicklung der Steuern. 2. Art der wichtigsten Steuern. 3. Erfolge des Steuersystems. 4. Einfluss auf die Wirtschaft. 5. Steuerermäßigungen und 6. Endziel, zu dem dieses Steuersystem führen soll.

In den Jahren 1919 bis 1922 wurde von der Gemeinde eine Anzahl von Steuern geschaffen, die ohne Rücksicht auf die Ertragsfähigkeit der Betriebe bemessen worden sind. Damit war der Charakter dieser Abgaben als Inflationssteuern klar deklariert. Als wir damals darauf aufmerksam gemacht haben, hat der Finanzreferent erklärt, dass wenn andere Verhältnisse eintreten werden, auch das Steuersystem geändert werden wird. Damit hat er klar zugegeben, dass es sich um Inflationsabgaben gehandelt hat. Es ist aber dann der Kreis der Steuerzahler immer mehr erweitert worden. In einer Zeit der stabilisierten Währung verzeichnet die Gemeinde ein gigantisches Ansteigen der Steuern.

Wir haben in der Gemeinde drei Arten von Steuern. Erstens eine Vermögenssteuer, zweitens indirekte und drittens direkte Steuern. Für die Wohnbau sind im Voranschlag für das Jahr 1926 insgesamt 341 Milliarden Kronen eingesetzt. Die Abgabe vom Verbrauch von Gas und elektrischen Strom ist mit 32 Milliarden präliminiert. Ich bezeichne sie als Vermögensabgabe, Breitner als Zwecksteuer. Das Erträgnis wird nur dazu verwendet um das Vermögen der Gemeinde zu mehren. Den einen wird es genommen und den anderen fließt es zu.

Wir haben dann die indirekten Abgaben. Die Steuern und Gebühren, die der Bund einhebt aber dann der Gemeinde überlässt sind für das Jahr 1924 mit 980 Milliarden Kronen präliminiert. In seiner Broschüre hat Dr. Danneberg über den Steuersadismus geschrieben, die Steuerpolitik/verteidigt und auch erwähnt, dass der Bund Steuern ermässigt und damit die Gemeinde Wien schädigt. Bei der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1924 hat Stadtrat Breitner den damaligen Bundesfinanzminister Dr. Kienböck mit einem Kassenräuber verglichen, weil er die Abgabenertragsanteile der Gemeinde gekürzt hat. Nun hat aber der Bund im Jahre 1924 an die Gemeinde 950 Milliarden Kronen abgeführt, während er im Jahre 1925 rund 960 Milliarden Kronen abführen wird, trotzdem für dieses Jahr kein Zuschuss zum Personalaufwand seitens des Bundes geleistet worden ist. Einen Kassenräuber, der mir mehr einlegt, als ich in der Kassa hatte, kann man sich schon gefallen lassen.

Wer sich einige Zeit mit diesem Voranschlag befassen muss, bekommt einen Schwindelanfall. Es wäre daher zweckdienlich wenn auf je das dieser Bücher ein roter Zettel mit der Inschrift "Nur für Schwindelfreie" geklebt werden würde, damit man sich entsprechend verhalten kann.

Die Unternehmungen zahlen auch an die Gemeinde die Fürsorgeabgabe. Die Elektrizitätswerke zahlen für die Benützung der Strassen drei Prozent von der Bruttoeinnahme; für das Jahr 1926 sind das 23 Milliarden Kronen. Sie müssen ferner für die Wasserkraftanlagen an die Gemeinde drei Milliarden zahlen. Alle diese Steuern der Unternehmungen müssen mit den Tarifen von der Bevölkerung gesahlt werden und stellen daher eine indirekte Besteuerung dar.

Nun zu den direkten Steuern. Ich verstehe nicht warum man einen so komplizierten Steuerapparat geschaffen hat. Es wäre viel einfacher ein Gesetz zu machen, das den amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen ermächtigt, von wem er will, wann er will und wieviel er will, einzunehmen. Die anderen amtsführenden Stadträte sollen dann über diese Einnahmen verfügen. Der Voranschlag müsste nach diesem Gesetz immer ein Defizit aufweisen, das sich dann in einen Ueberschuss verwandelt und die Kassenbestände haben zu blühen, zu wachsen und zu gedeihen. Das wäre ein einfaches für alle Leute leicht verständliches Gesetz.

Die Fürsorgeabgabe wurde im Jahre 1923 mit 177 Milliarden veranschlagt, getragen hat sie 431 Milliarden. Im Jahre 1924 war sie mit 450 Milliarden veranschlagt, das wirkliche Erträgnis waren 658 Milliarden. Im Voranschlag für das Jahr 1925 sind 600 und für das Jahr 1926 660 Milliarden eingesetzt. Diese Abgabe enthält feste Sätze aber es ist doch interessant von den Mitgliedern der gemeinderätlichen Beschwaukommission einmal zu hören, was in dieses Gesetz alles hineininterpretiert wird. Was wird da alles als selbstständige Arbeitskraft betrachtet. Es wird noch so weit kommen, dass wenn ein Gewerbetreibender mit seinem erwachsenen Sohn tarokkiert und der Vater verliert, der Gewinn des Sohnes Fürsorgeabgabepflichtig erklärt wird, weil man darin eine versteckte Bezahlung vermutet. Es ist bei dieser Steuer schon so, dass versucht wird alles abgabepflichtig zu machen, was einfach höherlich wirkt. Die Lustbarkeitsabgabe hat im Jahre 1923 mit 40 Milliarden im Voranschlag gestanden, getragen hat sie 89 Milliarden, im Jahre 1924 war sie mit 70 Milliarden veranschlagt, der Ertrag war 147 Milliarden und im Jahre 1925 ist sie mit 120, im Jahre 1926 mit 120 Milliarden präliminiert. Ueber dieses Gesetz wird noch in der Landtagsitzung, bei der Beratung der Novelle gesprochen werden. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe hat mehr eingebracht als veranschlagt wurde. Im Jahre 1923 statt 30 Milliarden, für das Jahr 1924 sind 60 Milliarden veranschlagt gewesen während im ersteren Jahre 70 und im zweiten 127 eingenommen worden sind. Für das Jahr 1925 sind 120 und für das Jahr 1926 sind 130 Milliarden präliminiert. Die Fremdenzimmerabgabe wurde im Jahre 1923 mit 28 Milliarden präliminiert, getragen hat sie 35 Milliarden. Im Jahre 1924 hat sie 28 Milliarden im Voranschlag ausgewiesen, wirkliche eingenommen wurden 61 Milliarden. In den Jahren 1925 und 1926 ist sie mit 45 und 35 Milliarden veranschlagt.

Wie sind nun die Erfolge dieses Steuersystems für die Gemeinde Wien? Da bisher keine Inventur aufgestellt worden ist, kann man auf Grund genauer Ziffern nicht feststellen, um wieviel sich das Gemeindevermögen vermehrt hat. Aber auf Grund der Rechnungsabschlüsse ist ein Zuwachs von rund 1500 Milliarden zu verzeichnen und diese Summe wird jährlich über den Bedarf aus der Bevölkerung herangezogen. Das ist eine gigantische Ziffer deren Bedeutung man versteht, wenn man bedankt, dass der gesamte Banknotenumlauf 7000 Milliarden beträgt. Jeder Mathematiker kann daraus unschwer berechnen, dass es in Wien ^{pald} nur einen ^{geben wird.} Besitzenden gibt. Die Gemeinde Wien um die 1500 Milliarden vermindert sich das Volksvermögen.

Ausser den Steuermassnahmen ist die Gemeindeverwaltung auch sonst als wirklich gewerbefeindlich zu bezeichnen. Sie macht schon alles in eigener Regie und errichtet eigene Werkstätten, die sich an allen Offertausschreibungen der Gemeinde beteiligen. Dadurch wird den Gewerbetreibenden eine Schmutzkonkurrenz ärgster Sorte gemacht, die auch gegen den Geist und Sinn des Gesetzes wegen unlauteren Wettbewerbs verstösst. Die grässlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind bei uns eine Folge des Steuersystems Breitner, die Folge der ununterbrochen masslosen Bereicherung der Gemeinde Wien zu Lasten der Wirtschaft. Es ist sicher keine Uebertreibung, wenn ^{ich} Herr Stainz Breitner als den Totengräber unserer Wirtschaft bezeichnet habe.

Der Redner kommt nun auf die jüngsten Steuerermässigungen zu sprechen, die Breitner mit vielen ^{Tantam} verkündigte. Sie sind recht bescheiden und was Breitner mit der einen Hand gibt nimmt er mit der anderen. Schon die Veranlagungsziffern zeigen, dass man gar nicht ernstlich an Steuerermässigungen denkt, denn die Steuereinnahmen für das Jahr 1926 betragen 1538 Milliarden, sie sind um 94 Milliarden höher präliminiert als der Steuerertrag des Vorjahres. Also von einer Erleichterung ist auch ziffernmässig nichts zu verspüren. Die Steuerermässigungsgesetze sind unannehmbar, denn sie beinhalten schwere Eingriffe in die Betriebsführung und kommen einer Art Sozialisierung gleich. Kein Wunder, wenn die Hotelbesitzer sich entschliessen wollen lieber auf die Begünstigungen zu verzichten, bevor sie ihre Freiheit gegen ein solches Linsengericht eintauschen. Man betreibt jetzt eine geradezu lächerliche Nasenhinstinsteckerei in alle Betriebe. Vielleicht wird der Stadtsenat noch erwägen, ob für die Klosettbenützung in den Vergnügungslokalen und Theatern eine Lustbarkeitssteuer eingehoben werden soll. Beim Lesen solcher Gesetze fragt man sich wo denn da eigentlich die Demokratie bleibe. Ein Metternich im Vormärz hätte sich das nicht getraut und auch der gewalttätigste Diktator Mussolini würde es nicht wagen, derart in die Privatbetriebe einzugreifen, wie es die Gemeinde Wien tut. Man könnte die Formel aufstellen: Metternich mal Mussolini ist gleich Breitner. (Heiterkeit bei den Christlichsozialen).

Redner bemerkt, er wolle namens seiner Partei feststellen, ob die Majorität es mit diesen Steuerermässigungen wirklich ernst meint und stelle daher den Antrag: Die Gemeinde Wien verzichtet mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, jedes Produktionsbetriebes für das Jahr 1925 auf die Einhebung von ein und einsechzigstel Prozent der Fürsorgeabgabe, sodass die in den Monaten Dezember und den nachfolgenden zu versteuernden Lohnzahlungen nur mit vier Prozent zu verzinsen sind. Das würde für das Jahr 1926 einen Betrag von zehn Milliarden weniger ergeben. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, dann würde offen zutage treten, dass die Steuerermässigungen wie sie die Majorität vorschlägt, nur ein Bluff sind.

Im Finanzausschuss hat Breitner zugegeben, dass es heute den Betrieben nicht leicht möglich ist, neben den bürgerlichen Reserven aufzustapeln. Nun haben die Reserven der Betriebe auch die Möglichkeit gegeben, Investitionen vorzunehmen, weil man die aus den laufenden Einnahmen nicht machen kann. Diese Möglichkeit nicht mehr besteht, hat eben die Arbeitslosigkeit bedeutend verschärft und wenn Breitner konstatiert, dass in Wien 78.000 Menschen arbeitslos sind, so trägt er eine Mitschuld an dieser grossen Zahl.

In einer grossen Debatte hat der verstorbene Bürgermeister Reumann einmal erklärt, dass die demokratische Republik jetzt besteht, dass aber die Sozialdemokraten als Zweck ihrer Arbeit die sozialistische Republik anstreben. Auch Breitner gebrauchte in seiner Rede eine Wendung: Wir wollen auf gesetzlichem Wege langsam zum Ziele einer durch eine sozialistische Gemeindeverwaltung und sozialistische Republik kommen. Diese Gesetze sind keine Steuergesetze, sondern nur Uebergangsbestimmungen zur sozialistischen Herrschaft. Dass wir die Mehrheit auf diesem Wege nicht begleiten können, ist begreiflich. Aus allen diesen Gründen sind wir nicht in der Lage diesem Vorschlag unsere Zustimmung zu geben.

G. R. Rumelhardt (chr. soz.) erklärt, dass der Gemeinderat heute eine grosse Demonstration gegen die Aenderung des Mieterschutzes machen sollte. Der anteführende Stadtrat hat als Sprecher der Mehrheit aber diese Komödie, die in den Extrazimmern vor ein paar Tagen begonnen hat, wo man die Bevölkerung gegen die Regierung und das Parlament aufhetzte, sehr schlecht spielen können. Was er vorgebracht hat ist eigentlich sehr matt. Der Beifall bei seinen Gesinnungsgenossen hat erst dort eingeklopft, als es hiess: Wie darf diese Regierungsvorlage Gesetz werden. Nun, auch wir stehen auf diesem Standpunkt. Die Regierungsvorlage darf erst dann Gesetz werden, wenn genaue Verhandlungen geführt worden sind, wenn genau nachgeprüft worden ist, wie es um die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung steht und klar ist, welche Änderungen notwendig sind.

Wenn wir uns heute den Zustand der Häuser ansehen so finden wir, dass sie zusammenfallen, dass die Treppentürme ver morscht sind und der Mieter alle Augenblicke mit einem immer höheren Instandhaltungszins beglückt wird. Dieser ist heute eine sehr schwere Belastung. Ueberblicken wir nun die heutige Demokratie im Gemeinderat, so kann man sagen, dass sie keinen so schönen Erfolg gehabt hat, wie sie sich versprochen haben. Uns ist klar, dass ein sehr grosser Teil der Mieterschaft nicht mehr die Abhängigkeit von der Majorität des Rathhauses erträgt. Jeder hat das Recht, eine Wohnung im freien Wettbewerbe zu erlangen. Ein nicht minder grosser Teil sehnt sich aber auch danach, seinen Haushalt ordnungsgemäss budgetieren zu können. Die Bevölkerung hat keinen Geschmack an diesen sozialistischen oder sozialisierenden Regieren und auch ihre engeren Parteigenossen sind mit diesem System unzufrieden. Die furchtbaren Gesetze, die Sie schaffen, greifen viel tiefer in das Wirtschaftsleben und sind weit unerträglicher für selbstständige Produzenten und Arbeiter als die Gesetze des Bundes, das das Ergebnis der radikalen Steuergesetzgebung des Stadtrates Breitner.

Ich greife eine Post heraus, im Voranschlag wurde für die Anzahl von 25.117 aktiven Angestellten und 9.255 Pensionsparteien ein Aufwand von 145.890.900 Schilling vorgesehen, das ist um 14 1/2 Millionen mehr als im Vorjahr. Das soll wohl anerkannt werden. Aber es gebügt nicht, dass man den Angestellten nur das Brot gibt. Die sozialdemokratische Gemeindevverwaltung der Stadt Wien kommt ihren Verpflichtungen als Dienstgeberin wohl nach, vergeht sich aber gegen die Freiheit der Angestellten. Man hat sich ein eigenes System zurecht gelegt. Und dieses System ist sehr vorsichtig. Besonders der Herr Personalreferent ist hier bedeutend vorsichtiger als der Herr Bürgermeister, der offen erklärt hat, für jeden Angestellten der gemässregelt wird kommt bei der Gemeinde jetzt ein christlichsozialer dran. Der eigentliche Herr in dieser Stadt ist ja eigentlich der Stadtrat Breitner. Die anderen Stadträte müssen ihn zuerst um Erlaubnis fragen. Breitner ist sozusagen der ungekrönte König von Wien. Zwar hat er keinen Einfluss auf die Angestelltenpolitik. Sein Steuersystem aber wird unsere Wirtschaft ruinieren. Bei den aktiven Angestellten hat man mit einem Mehraufwand gerechnet, bei den Pensionsparteien geht man aber, ich muss schon sagen, schamlos um. Man enthält ihnen vor, was nach den Beschlüssen des Gemeinderates mit vollem Recht ihnen gebührt. Die letzte Regelung bestand aus einer allgemeinen Stufenvorrückung und einer Regulierung der Bezüge nach aufwärts im allgemeinen. Da inszenieren sie nun die Komödie der "ausserordentlichen Auszeichnungen" für besondere geleistete Dienste. Und diese kommen nur den aktiven zugute, nicht aber den Pensionisten, die nicht mehr für die Gemeinde arbeiten. Sie hätten diesen klaren Beschluss des Gemeinderates, über den Sie sich nicht hinwegsetzen können, jederzeit einhalten müssen. Die Automatik zwischen Aktiven und Pensionisten musste voll eingehalten werden. Nun ist ein Jurist darauf gekommen, ich weiss nicht ob es der Magistratsdirektor war, aber im Senat ist es auf jeden Fall gesagt worden, dass, weil hier den Pensionsparteien die Automatik vorenthalten wurde, damit und zugleich auch der Beschluss des Gemeinderates aufgehoben wurde. Ja man berief sich auf einen ähnlichen Vorfall in der Gemeinde Liesing, wenn ich mich recht entsinne. Dieser Beschluss des Gemeinderates hat heute noch Geltung, weil er vom Gemeinderat selbst nicht aufgehoben worden ist. Hier geschieht ein schweres Unrecht und ich muss meine Stimme in öffentlicher Gemeinderatssitzung erheben, um noch einmal die Majorität aufzufordern, diese Ungerechtigkeit in letzten Stunde gutzumachen.

Der Verband der Angestellten der Stadt Wien wurde als eine unparteiische und unpolitische Einrichtung geschaffen. Durch seinen Obmann ist er nunmehr zu einer reinen parteipolitischen Organisation gemacht worden. Wie ist das gelungen? Sehr einfach: Man hat Parteileute ausserordentlich avancieren lassen und sie nicht wie die anderen übergehen. Ja man hat die Kühnheit gehabt, den Verbandpräsidenten zum sozialdemokratischen Nationalrat zu machen. Damit ist die Politisierung des Verbandes deutlichst ausgedrückt. Der Verband stellt die Leute auf, die kandidieren und das sind natürlich patentierte Parteigenossen. In Wirklichkeit sind es bezahlte Laiblaken die den Angestellten vom Herrn amtsführenden Stadtrat aufkotzt werden. Das ist ein beschämender Zustand. Man muss sich nur einmal so eine Sitzung der Personalkommission ansehen. Wenn irgend etwas nicht passt, dann wird die Sitzung unterbrochen. Ja es ist vorgekommen, dass es war, wie wenn der heilige Geist über die Mitglieder der Personalkommission gekommen wäre, weil sie dann nach der Meinung des Herrn amtsführenden Stadtrates handelte. Diese Zustände sind für die Beamtenschaft beschämend. Ein paar

begünstigte Vertrauensleute haben eine Paschawirtschaft eingerichtet und glauben, sich alles erlauben zu dürfen. Wer nicht pariert, wird versetzt, präteriert oder einfach nicht befördert. Ja es kommen sogar Qualifikationskonstruktionen vor. Auf die Dauer wird die Angestelltenschaft diese Schikanen nicht ertragen. Ein Teil von ihnen hat sich der Tyranie entzogen. Unter unendlichen Schwierigkeiten ist es den Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes gelungen, mit zwei Listen einen vollen Erfolg zu erlangen, während die Verbandsliste in der Minderheit war. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen Wahlen. Endlich hat die Beamtenschaft zur Selbsthilfe gegriffen. Ich beglückwünsche die Beamtenschaft hiezu und hoffe, dass sie auf diesem Wege weiter fortschreite. Noch grösser ist der Terror in den Betrieben, aber auch hier haben sich die Strassenbahner zum Beispiel schon gerührt. Die Wiener Bevölkerung, aus deren Steuergeldern die Gehälter für alle Beamten und Angestellten bestritten werden und nicht nur die der sozialdemokratischen Parteiangehörigen hat das grösste Interesse, das Personalreferat vollständig unpolitisch geführt wird. Die ausserordentlichen Avancements und die ausserordentlichen Remunerationen geschehen ganz im Geheimen und man hat keinen Einblick, wer eigentlich in den einzelnen Gruppen befördert wurde. Da heisst es dann: "Auf die Dienstzeit kommt es nicht an, sondern nur auf die Tüchtigkeit". Diese Tüchtigkeit muss aber genau geprüft werden. Die Bevölkerung leidet aber darunter, wenn ein präterierter Beamter bei seiner Arbeit nicht mehr mit Lust und Liebe ist.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Lehrerschaft, und ich ja Herr Kollege Hellmann, als Sie/noch Lehrer waren, da wussten wir wohl was wir zu tun hatten. Da gab es einen Lehrplan nach dem man sich richten konnte. Die Worte des neuen Lehrplanes aber sind nicht so klar gefasst und es erfordert viele Mühe, darauf zukommen, was gemeint ist. Die Christlichsozial grossdeutsche Majorität steht auf dem Standpunkt des Reichsvolksschulgesetzes und dieses fordert die sittlichreligiöse Erziehung der Schuljugend, aber Sie/setzen sich über diese Forderungen hinweg und verhöhnern sogar die katholische Religion. Es ist ein Vorfall bekannt, ich bin in der Lage auch Namen zu nennen, wo Lehrer die Hostien als Papierln erklärten und die einzige Antwort darauf wäre nur die Sache vor den Staatsanwalt zu bringen.

Ich habe hier ein Verzeichnis, aus dem zu ersehen ist, und dies ist nur ein kleiner Auszug, wozu Schulen verwendet werden. Die Sozialdemokratische Unterrichtsorganisation hält in den Räumen der Schule in der Grundsteingasse jeden Mittwoch abends Vorträge. Diese Vorträge aber sind sozialdemokratische Themen. Sie sind rein parteipolitische Vorträge, die für den Klassenkampf erzischen. Dazu dürfen Schulräume, die aus Steuergeldern der ganzen Wiener Bevölkerung erbaut werden, nicht verwendet werden. In der Schule in der Neumayergasse wurde ein interessanter Vortrag angekündigt, der hiess "Aus der Kassenkuche des Klerikalismus." Das wird wohl etwas nach der Manje gewesen sein, "Das Licht ins Volk!" Man sollte sich eigentlich einen solchen Vortrag ansehen, damit man sich gut unterhalten kann. Ein anderer Vortrag hiess "Religion und Sozialismus" und das ist sehr interessant: In Wien verträgt sich nämlich beides nicht, in Burgenland aber sehr wohl. Ich bin mit burgenländischen Bürgermeistern beisammen gesessen und habe sie gefragt, wieso sie denn mit den kulturellen Forderungen des Sozialismus einverstanden sein können. Dass die grossen Landgüter an die kleineren Bauern verteilt werden sollen versteht

man bei dem Landhunger der Bauern sehr wohl, das ist eine Idee die auch in Russland besteht. Und darauf wurde mir geantwortet, ja warum denn nicht? Es wird doch jede sozialdemokratische Versammlung mit einem "Gelobt sei Jesus Christus" eröffnet. Hier sind sie die Freigeister und dort gehen sie auf Bauerfängerei aus. Das ist eine unaufrichtige Politik.

Redner bespricht die Schulreform und verweist darauf, dass diese Reform viele Mängel enthalte. Nun werde auch der Versuch gemacht, sie auf das Gebiet des Mittelschulwesens auszudehnen. Seit dem Jahre 1919 sind auf betreiben der Mehrheit vom Wiener Stadtschulrat eine ganze Anzahl neuer Mittelschultypen eingeführt worden, so dass sich kein Mensch mehr auskennt. Die Schaffung der deutschen Mittelschule und der allgemeinen Mittelschule war ein höchst gefährliches Experiment. Bei der deutschen Mittelschule wisse man überhaupt nicht was mit den Kindern die sie absolviert haben geschehen soll. Sie können in eine normalmäßige Mittelschule nur dann übertreten, wenn sie in zwei Fremdsprachen und in Geschichte die Aufnahmeprüfung machen. Wieviel Kinder bestehen denn diese Aufnahmeprüfung? Auch den Absolventen der Bürgerschulen ist unter solchen Voraussetzung der Uebertritt in die Mittelschule möglich gewesen, so dass diese neue Mittelschule eigentlich ganz überflüssig ist. Es ist notwendig die Bevölkerung vor solchen Experimenten eindringlichst zu warnen. Diese Warnung gilt auch für das Unterrichtsministerium, das diese Experimente mitmacht. Man muss endlich aufhören mit den ewigen Versuchen, unser Schulwesen muss stabil werden, damit der Staat und die Gemeinde wissen, welchen Zwecken die Mittelschulen zu dienen und welche Aufgaben sie zu erfüllen haben. Der übermäßigen Schulreform muss das politische Kleid genommen werden und die Kulturkämpferische Idee, sie muss sich auf das Gesetz stützen, dann erst wird es eine gesunde Schulrenewierung geben. (Beifall)

G.R. Flaschke (Jüd. nat.): Stadtrat Breitner hat unläugbar Grosses für Wien geleistet und sein Verdienst ist es, wenn die Stadt heute als eines der reichsten Gemeinwesen des Kontinents gilt, die Stadt, die ungeheure Summen für Wohnbauten, für Kindergärten und für Spitäler aufzubringen vermag. Aber ich glaube, dass doch auf ein Moment hingewiesen werden muss: Die Stadt Wien wird immer reicher, die Bevölkerung aber immer ärmer! Daher hören wir auch die Proteste der Bevölkerung gegen jenes System, dass man mit dem Namen Breitner zu verbinden pflegt. Ich gebe zu für ihn ist eine Aenderung sehr schwer. Seine Politik ist scharf umrissen. Es ist klar, dass die Steuerpolitik nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter umfasst, die dann solidarisch gegen die Gemeinde vorgehen. Wir haben dies bei den Bühnenangestellten, bei den Schankgewerbetreibenden, bei den Zuckerbäckern, bei den Hotelangestellten und bei den Chauffeuren gesehen. Ich halte es angesichts der schweren Wirtschaftskrise für unerlässlich, dass nicht nur bei der Lustbarkeits- und Fremdenzimmerabgabe, sondern auch bei den anderen Abgaben Ermässigungen eintreten.

Auf einen Umstand will ich noch hinweisen, nämlich auf den Zögerungszuschlag. Zur Zeit des Niederbruches der Krone war ein fünfundsiebenzigprozentiger Zuschlag bei Steuersummaturen gerechtfertigt aber heute ist er nicht mehr begründet. Es müsste auch bei den städtischen Abgaben dieser Zuschlag so gehandhabt werden wie beim Bund.

Für Investitionen, die auf lange Zeit berechnet sind, müssen endlich Anleihen aufgenommen werden. Auch das Land Niederösterreich konnte erst kürzlich eine Anleihe unter ganz günstigen Bedingungen erlangen. Vielleicht steht diese von mir gewünschte Finanzpolitik in Widerspruch

mit Ihrem Programm, das der Gemeinde möglichst viel Privateigentum bringen soll. Ich lege aber das Hauptgewicht auf die Aufnahme einer Anleihe, weil ich glaube, dass wir zu viel tun, wenn wir die Hälfte der Abgaben für Dinge opfern, die dauernde Investitionen darstellen. Durch die tatsächliche Kreditnot, die die Not unseres Handels und unseres Gewerbes vervielfacht, wird auch die Gemeinde dazu gezwungen werden andere Wege einzuschlagen.

Die Versprechungen die man bei den Wahlen dem Mittelstand gemacht hat, sind nicht zu erfüllen. Eine ärgere Proletarisierung des Mittelstandes, wie sie in den letzten zwei Jahren erfolgt ist, kann es gar nicht mehr geben. Es erscheint mir aber auch unmöglich, jetzt noch das einzige Billige, das der Bevölkerung geblieben ist, nämlich die billige Wohnung, zu verteuern. Eine klardenkende Regierung müsste sich sagen, dass das ein böses Spiel mit dem Feuer ist. Ein sechsteusendfacher Friedenszins ist überhaupt unmöglich, weil das eine Ueberalorsierung wäre. Aber jede wesentlich geringere Erhöhung der Mietzins ist heute von schwerster wirtschaftlicher Bedeutung und gefährdet die soziale Ordnung. Gerade vom Standpunkt der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrates ist es geboten, einen Weg zu wählen, der diese soziale Ordnung nicht in Gefahr bringt. Es ist richtig, dass heute viele Häuser Ausländern gehören. Dass sich die Arbeiter-Zeitung aber gerade die Taborstrasse ausgesucht hat, um dort die ausländischen Hausbesitzer festzustellen und dass im Nationalrat von den Sozialdemokraten von den jüdischen Schiebern gesprochen wird, gehört in ein besonderes Kapitel. Es ist jeder Antisemitismus gefährlich aber am gefährlichsten ist der Antisemitismus mit der roten Nelke.

Die Zukunft Wiens liegt in seiner Rolle als Verkehrszentrum. Und warum bleibt aber der Fremdenverkehr aus? Stadtrat Breitner hat im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass die Verfolgungen der jüdischen Studenten auf der Universität und die Enthüllungen des Professors Hochenegg die Schuld tragen. Er hat Recht, aber Christlichsoziale und Sozialdemokraten sind dafür verantwortlich, weil sie dagegen nicht die entscheidenden Vorkehrungen treffen. Die Leute die bei uns studieren wollen sind endlich auf den Mussolini gekommen. In Italien werden sie mit offenen Armen aufgenommen und haben dort nicht einmal ein Schulgeld zu bezahlen. Auf unseren Hochschulen ist der Skandal in Permanenz. Nicht entscheidet die wissenschaftliche Fähigkeit, sondern die Abstammung. Stockreaktionäre Studenten herrschen an den Wiener Hochschulen. Die Stadt Wien leidet darunter ebenso, wie der Bund und die Sozialdemokratie hätte die Macht eine Aenderung herbeizuführen, wenn sie ernstlich wollte. Ist es nicht ein Skandal, wenn man erfährt dass Minister Benesch nach Wien kommen wollte, dies aber verhindert wurde, weil die Hakenkreuzler dagegen waren und Benesch der österreichischen Regierung keine Unannehmlichkeiten machen wollte. Die Gemeinde will grosse Mittel für den Fremdenverkehr hergeben. Das ist zu begrüssen, aber wie sieht es in den übrigen Ländern aus. In Oberösterreich sind heuer einige tausend Betten unbenutzt geblieben. Das ist darauf zurückzuführen, dass viele Gemeinden den Juden keine Wohnung vermieten wollen, dass auf vielen Schutzhöfen ein Hakenkreuz prangt und nur Arieren der Zutritt gestattet ist. Hier müsste Ordnung gemacht werden. Ich finde es sehr anerkennenswert, dass die Gemeinde Wien bei jeder Subvention für Touristenvereine usw. genau prüft, wie es diese Vereine mit den Arierparagraphen halten.

Ich muss auch auf den 14. Zionistenkongress hinweisen. Die österreichische Regierung hat dazu eingeladen und die Kongressleitung hat gemeinsam mit der Regierung alle Vorarbeiten durchge-

Ihre. Da setzt der Skandal ein. Eine Hakenkreuzerversammlung beschloss keine Juden lebens aus Wien zu lassen. Natürlich ist das aufgeschritten, aber solche Nachrichten kommen in die Welt-
 presse und schaden in erster Linie dem Fremdenverkehr. Aber die Wiener Stadtverwaltung hat nichts getan um die Pöbelhaufen abzuhalten und nur dem energielosen Zugreifen unseres Polizeipräsidenten ist die Aufrechterhaltung der Ordnung zu danken. Die Gemeinde hat im Gegenteil sich derart benommen, wie es niemand erwartet hätte, weil es sich um eine Versammlung von Juden gehandelt hat. Bei der grossen Versammlung des Zionistenkongresses ist die Abwesenheit des Bürgermeisters ebenso wenig aufgefallen, wie die des Abgesandten von Horthy-Ungarn. Dieser ist aber ferngeblieben weil er nicht eingeladen worden war, der Bürgermeister obwohl er eingeladen war. Er hat dem Kongressbüro telefonisch mitgeteilt, dass er an einer konfessionellen Versammlung nicht teilnehmen könne. Der Zionismus ist ein grosses nationales Werk. Dies wird von Sozialisten wie MacDonald, Snowden, Henderson, Leo Blum, Paul Loebe und Bernstein bestätigt und schliesslich sind auf dem Kongress auch die Abgesandten der Poale-Zion, also Ihre Parteigenossen gewesen.

Die österreichische Sozialdemokratie ist in ihrem Programm dem Juden gegenüber untreu geworden und ich muss sagen, dass der Antisemitismus mit der roten Nelke mir viel empfindlicher ist als der mit der weissen Nelke. Bei aller Uebereinstimmung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen vermag ich mit Rücksicht auf die Einstellung der Sozialdemokratie gegenüber den Juden kein Vertrauen zur Gemeindeverwaltung zu haben und deshalb werde ich gegen das Budget stimmen.

G. Rtin. Dr. Motzke (chr. soz.) erklärt, dass die im Budget eingestellten Ziffern für Wohlfahrtszwecke nicht das Bild einer gesunden Wohlfahrtspflege ergeben. Der Aufbau des Familienlebens und die Schaffung von Existenzen wird nicht genügend berücksichtigt. Auch für Alters- und Armenfürsorge werden nicht jene Summen aufgewendet die das Elend und die Not wirksam lindern könnten. Hauptsächlich sei zu bemängeln, dass die Pfründner mit der Wohnbausteuer belastet werden. Die gewährten einmaligen Aushilfen stehen zu der Zahl der Unterstützungsbedürftigen in einem argen Missverhältnis. Man brauche nur darauf zu verweisen, dass im Jahre 1913 für diesen Zweck um 526.000 Schilling mehr aufgewendet wurde, als in diesem Jahre. Die Gemeinde müsste mit den einmaligen Aushilfen bedeutend grossherziger sein. Insbesondere auf dem Gebiete der Kinderfürsorge zeigt sich Engherzigkeit der herrschenden Partei. Man baut Horte, Kindergärten und dergleichen, aber es ist die grosse Frage, ob damit wirklich eine Fürsorge für die Kinder geboten ist. Vom allgemeinen fürsorglichen Gesichtspunkte aus ist die Anstaltenfürsorge abzulehnen und das Schwergewicht auf die wirkliche Familienfürsorge zu legen. Wir haben in Wien 78.000 Arbeitslose, das gibt eine Ziffer von 250.000 bis 300.000 Kindern, denen noch nicht die notwendigsten Existenzbedingungen geboten werden. Die Gemeinde hat die Schülernausspeisung nicht weiter ausgebaut, obgleich diese geeignet wäre, das Familienleben zu schützen und den Müttern den Einfluss auf ihre Kinder zu wahren. Die Kinderfürsorge in Wien breitet sich wohl aus, aber nach einer falschen Richtung. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Mehrheit selbst erkannt hat, dass die Erziehung der Kinder in der sozialistischen Weltanschauung durchaus nicht sehr glücklich gewesen ist. Deshalb hat man augenscheinlich an die Stelle der Erziehung durch die "Kinderfreunde" die kommunalen Fortsetzungen lassen. Durch die Anstaltenfürsorge soll bewirkt werden, dass das

Familienleben nicht erstarken und gesunden kann, denn man wolle nicht, dass alle erforderlichen ethischen Grundsätze der Jugend mitgegeben werden. Aber Familiengefühl und Familiengewissen sind die fundamentalen Gesetze die nicht eingerissen werden dürfen. Man weiss, dass diese Entwicklung zur Vernichtung des ganzen sozialen Organismus führen muss und dennoch wird dieser Weg weiter beschritten. Sie bauen viel Wohnungen, aber sie sind so klein, dass die Familien darin nicht hausen können.

St. R. Breitner: Unter dem Mieterschutz werden die Leute mehr Platz haben!

G. Rtin. Motzke: Mit solchen demagogischen Schlagworten werden sie das Uebel nicht abstellen. Wir werden Ihnen noch nachweisen, dass das Wohnungselend in Wien früher nicht so gross war wie jetzt im Zeichen des Mieterschutzes. (Lachen und zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Sie sind nicht so unwissend Frau Dr. Motzke, wie Sie sich hier stellen). Sie bauen die Wohnungen so klein, dass für die Kinder kein Platz ist, aber sie bauen in jedem Hause einen Kinderaufenthaltsraum. Dort wirken ganz andere Einflüsse auf die Kinder ein, als sie den Eltern passend erscheinen würden. Das ist ein glattes Vorbeigehen der Fürsorge an ihrer Hauptaufgabe, das Familienleben zu fördern. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten). Hätten Sie nicht den Mieterschutz so unsinnig lange aufrecht erhalten, dann wären wir schon längst weiter. Der Herr Stadtrat Weber gibt sich ja alle Mühe, aber die Zahl der Wohnungslosen wächst ihm über den Kopf und daran ist Ihre demagogische Hetzpropaganda schuld. Sie unternehmen alles, um das Familienleben zu untergraben und zu lockern. Sie sind ja auch die Schützer der Ehreformen und haben sich bemüht, gesehen als Gemeindeverwalter der Dispensgattin besonders Rechte einzuräumen. Sprechen Sie doch angesichts solcher Tatsachen nicht von Ihrer Wohlfahrtspflege. Der Geist, der in den schön aufgeführten kommunalen Häusern herrscht, ist der wahren Wohlfahrtspflege nicht dienlich. Die Gemeinde soll nicht nur für das körperliche Wohl sondern auch für den geistig-sittlichen Schutz der Jugend sorgen. Sie aber lehnen es ab Schritte zu unternehmen die die Jugend vor den Gefahren der Strasse schützen. Sie sind diejenigen die sich dagegen währen die Schmutzliteratur einzudämmen. Sie verstehen es nicht, Organisationen zu fördern die die wirkliche Erziehung der Jugend im Auge haben. Statt dessen unterstützen Sie Organisationen welche dieser Erziehungsaufgabe nicht nachkommen. Die "Kinderfreundeerziehung" ist glatt abzulehnen, denn es ist bekannt, dass beidem Radau in der Schule, bei allen Stenkerreisen vor und in den Kirchen, die Kinder aus Kinderfreundekreisen eine führende Rolle spielen. Sie erziehen die Kinder nicht nur zur Leugnung jeder Glaubenswahrheit, sondern auch zur Rohheit und Brutalität. Wenn Sie den Kindern jedes Autoritätsgefühl nehmen, untergraben Sie den Boden auf dem Sie selber Ihre Herrschaft im Lande und in der Gemeinde aufbauen. Auf diese Weise werden Sie sich eine Generation heranbilden, die Ihnen noch einmal den Laufpass gibt. Nur dort ist eine gute und ausreichende Fürsorge möglich wo das Wirtschaftsleben wieder auf eine gesunde Basis gebracht werden kann. Darin ist uns die Mehrheit ungeheuer viel schuldig geblieben. Dieses ganze Budget zeigt einen Zug: Die Steuer- und Zahlkraft des Volkes leizulegen und lehmzulegen. Sie höhnen immer die Genfer Sanierung, aber das Ausland sperrt nicht nur seinen Markt gegen uns ab, sondern auch seinen Kredit, weil man für Kredite keine Sicherheit sieht und weil man der Anschauung ist, auf Grund des ganz unsinnigen Mieterschutzes, diesem Lande kein Geld gewähren zu können.

Auch heute hat das Wiener Rathaus die S. itte zu sein, von wo eine aufrichtig gemeinte Wirtschaftsförderung ausgeht. Viele Maschinen, die die Industrie nicht anschaffen kann, fehlen, weil das Geld hierzu nicht aufgebracht werden kann. Die Gemeinde Wien könnte mit ihren gefüllten Kassen in erster Linie der notleidenden Industrie aufhelfen. Das Gewerbe hat immer einen entscheidenden Platz in der Wiener Wirtschaft eingenommen.

Wenn man das Wiener Wohlfahrtswesen betrachtet, so ist der Tadel am Platz, dass die gesamte Fürsorge zu teuer ist. Nicht zu sehr gut und ausreichend als teuer. Rednerin führt nun aus dass die Verpflegungskosten für ein Kind in einem Waisenhaus 2.000 Kronen betragen und erklart, dass dieser hohe Betrag deshalb notwendig ist, weil man in kulturghässiger Weise die geistlichen Schwestern und die Hilfskräfte der Charitas verdrängt hat. Die Ansätze für Lainz hingegen sind zu niedrig und die Verpflegungsquote von 50.000 Kronen für den Steinhof ist für einmaliges Fleisch in der Woche zu hoch. Auf dem Papier steht zwar tägliches Fleisch. Mit der Charitas will man nicht zusammenarbeiten. Ihre Anstalten entbehren jeder Tendenz zu sittlich-religiöser Erziehung. Die Kinder kosten in den Charitasanstalten nur 15.000 Kronen pro Tag. Dies erklärt sich daraus, dass die Kräfte der Charitas keine Lohnansprüche stellen, keine Dienstzeiteinteilung verlangen, sondern ihre Arbeit um Gottes willen freudig und aufopfernd leisten. Dazu kommt noch eine freiwillige Liebestätigkeit der Bevölkerung. Das Werk der christlichen Charitas wird alles überdauern, auch den Kulturkampf der Gemeinde Wien. Je mehr sie sie bedrücken, desto freudiger wird die Bevölkerung sich für sie einsetzen.

G.R. Doppeler (chr. soz.) findet, dass das Wohnungsproblem schon in Friedenszeiten die Verwaltung beschäftigt hat und nunmehr zur brennendsten Tagesfrage geworden ist. Die bisherigen Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot haben sich als unwirksam erwiesen, wir kommen in das Wohnungselend immer tiefer hinein. Das Wohnungsamt tut sein möglichstes, wird man uns entgegenhalten und es sind wieder gewaltige Summen eingesetzt, um die Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen. Trotzdem können wir nicht zur Ueberzeugung kommen, dass in absehbarer Zeit eine Erleichterung eintreten wird. Bis der Aufrollung des Budgets ist nunmehr Gelegenheit, in umfassender Weise die Mängel des ganzen Systems aufzuzeigen. Die Klassifikationsmethode, die bekanntlich nach dem Punktsystem vor sich geht, bietet keine Gewähr für die Bedürftigkeit eines Bewerbers. Jemand der mit I qualifiziert ist kann trotzdem noch immer in besseren Wohnverhältnissen sein als ein mit III qualifizierter. Das kommt daher, weil man nicht in der Lage ist, festzustellen, warum jemand mit der Stufe III bezeichnet worden ist. Die Akten bleiben in den Wohnungskommissariaten der Bezirke monatelang liegen, das Wohnungsamt macht daraufhin endlose Erhebungen und kommt schliesslich nach einer gewissen Schablone zu einer Qualifikation. Vergebens fragt man warum. Man kann den ganzen Vorgang nicht erfassen. Ebenso sind Leute in den Jahren 1924 und 1925 mit Klasse I bezeichnet worden, die aber wieder nach dem mit I in den Jahren 1922 und 1923 bezeichneten rangieren. Die Methode der Klassifikation versagt vollständig. Dann heisst es auf einmal: Die Anzahl der Bewerber in der Klasse I ist zurückgegangen. Sie ist deshalb zurückgegangen weil das Wohnungsamt Interesse hat, wenn nicht eine grosse Anzahl mit I klassifiziert ist. Sondernlich ist es bei der Zuweisung. Dort wird immer die Zuweisungskommission vor-

geschützt. Diese Zuweisungskommission hat in Wirklichkeit keine Zuweisungen zu entscheiden, sondern dies tut sozusagen ein Beamtenskreis, sozusagen ex praesidio und die ganze Zuweisungskommission ist reinste Staffage. Auf diese Kommission redet man sich überall aus.

Redner bespricht nun ausführlich das ganze Wohnungsproblem er verweist darauf, dass die Gemeinde schon jetzt in ihren Häusern Mietzinse einhebt, die dem viertausendfachen Friedenszins entsprechen und meint, dass durch eine Aenderung des Mietengesetzes eine gesunde und Gesundung auf dem Gebiete des Wohnungswesens eintreten würde, weil im dem heutigen System überhaupt keine Möglichkeit bestehe, zu einer wirklichen Besserung zu gelangen. Notwendig sei auf dem Wege zu diesem Ziel vorerst die Auffassung des Anforderungsgesetzes. Die gegenwärtige Wohnungspolitik der Gemeinde zielt, wie selbst die Zeitschrift der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten schreibt, auf eine völlige Sozialisierung des Wiener Bodens ab. Man dürfe es den Christlichsozialen nicht verargen, wenn sie diese sozialistische Politik nicht mitmachen wollen. Es sei eine demagogische Lüge, wenn immer hinausposaunt wird, dass das Volk von Wien zu entscheiden habe. Richtig ist, dass das Volk von Wien zu schweigen hat und die wenigen an der Spitze stehenden Machhaber kommandieren. (Rufe bei der Mehrheit: Das Volk wird noch sehr deutlich reden!) Sie drohen schon wieder. Ihre ganze Politik ist eine Drohung. Sie können nichts als hetzen, drohen und terrorisieren. Aber das Volk wird sich auf die Dauer nicht irreführen lassen. Dazu gehört auch Ihre Politik mit den Leibrenten für die Hausbesitzer. Schon sind sie unverzeihliche Feinde des arbeitslosen Einkommens der Hausbesitzer. Wenn aber einer von Verzweiflung getrieben sein Haus gegen eine Leibrente hergibt, dann macht das nichts, dann geben Sie ihm ruhig in dieser Form ein arbeitsloses Einkommen.

Schliesslich wendet sich Redner dagegen, dass die städtischen Wohnhausbauten zur Unterbringung von wirtschaftsgenossenschaftlichen Einrichtungen verwendet werden. In fast allen grösseren städtischen Neubauten sind Konsumvereine eingemietet. Dagegen muss protestiert werden, weil es sich hier um Objekte handelt, die aus allgemeinen Steuern errichtet werden und hier Vorteile für die eigenen Organisationen geschaffen werden. Wir fürchten uns auch nicht vor Neuwahlen. Höchstens, dass Sie glauben, dass Sie diese Neuwahlen geschützt durch Ihre Ordner wehren brutal durchführen können. Weil wir wissen, dass es Ihnen nicht um den Schutz der Mieter geht sondern nur um eine Frage Ihrer sozialdemokratischen Macht, müssen wir darauf bestehen, dass ein anderer Vorschlag eingeschlagen werde, dass auch im Voranschlag der Gemeinde diese Angelegenheit anders behandelt werde und dass nicht ewig aus dem Volke Steuergelder herausgepresst werden um das Sozialisierungswerk fortzusetzen. Wir müssen trachten wieder zum freien Wohnungsmarkt zu kommen, damit das Volk nicht verschmachtet unter dem Joch der Sozialdemokratie. (Beifall bei der Minderheit. Rufe bei der Mehrheit: Hoch der Mieterschutz)

Vorsitzende Gemeinderätin Beck schliesst hierauf um 10 Uhr nachts die Sitzung. Morgen um 10 Uhr vormittags wird die Generaldebatte fortgesetzt werden.